Der Streit um den Fortschritt : Sachzwänge sind Denkzwänge : theoretischer Versuch über den Stellenwert der Alternativbewegung

Autor(en): **Kleger, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339881

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wird am eignen Leibe nun erfahren, ob dies wirklich der Jugendbrunnen der Politik sei. Die Gewerkschaften werden beweisen müssen, ob die auf Sozialpartnerschaft aufgebaute Haltung genügend Standfestigkeit gegenüber einer Gewerbe und Industrie freundlich gesinnten Mehrheit besitzt.
Sich nun aber gegenseitig den Schlamassel in die Schuhe zu schieben, kann nur jene politische Kräfte stärken, die davon allein profitieren: Das extreme Bürgertum.
In Zürich jedenfalls sind die rechten Systemveränderer angetreten, ihnen das Feld auch auf eidgenössischer Ebene zu überlassen, wäre mehr als nur verhängnisvoll.

Heinz Kleger: Der Streit um den Fortschritt

Sachzwänge sind Denkzwänge

Theoretischer Versuch über den Stellenwert der Alternativbewegung

In der gegenwärtigen Politik lassen sich drei Konservativismen unterscheiden:
1. Die konservative Kritik am Wohlfahrtsstaat, vorgetragen aus altliberaler Optik, die den Staat lediglich als Garant äusserer Sicherheit und innerer Ruhe und Ordnung gelten lässt.
2. Davon sind die traditionellen Muster konservativer Demokratiekritik zu unterscheiden, die sich gleichursprünglich mit dem philosophischen Rationalismus herausbildeten und auf Volkssouveränität, Pluralismus und Gleichheit reagierten. Dieser Altkonservatismus ist politisch randständig geworden. Obwohl er nur noch bei einzelnen Personen ausdrücklich auftaucht, bleibt er dennoch virulent als dumpfes Gefühl einer Skeptis gegenüber der Demokratie.
3. Davon ist wiederum der technokratische Konservativismus zu unterscheiden, der die prinzipielle Kritik an der Aufklärung hinter sich lässt. Der technokratische Konservativismus verhilft dem ökonomisch-technisch-wissenschaftlichen Fortschritt ideologisch zum Durchbruch. Auf derselben Linie bewegen sich die traditionellen, insbesondere real gewordenen Sozialismus-Vorstellungen, obschon spezifische Ziele hinzutreten. In polemischer Fremdkennzeichnung lässt sich das Konservative gleichwohl unmissverständlich festmachen: Es haftet den verselbständigten Methoden an, die zu Denkzwängen erstarrt, allgemein geteilte Fortschrittsziele akut bedrohen.
Es ist nicht einerlei diese drei konservativen Positionen auseinanderzuhalten, wenngleich es Überschneidungen und Allianzen bei einzelnen Argumentationsgängen gibt, die wir aber hier nicht weiter aufschlüsseln wollen. Erst vor diesem Hintergrund kann man erkennen, dass die politische Auseinandersetzung heute dem technokratischen Konservativismus gilt, während die beiden anderen Positionen Restbestände früherer Zeiten darstellen, die freilich reaktualisierbar bleiben.
Indem der technokratische Konservativismus das kulturkritische Lamento des Altkonservativismus nicht einfach wiederholt und sich offen auf die Seite des Fortschritts stellt, sammelt er ein erhebliches politisches Kräftepotential. Es saugt bis zu einem gewissen Grad auch Kräfte auf, die man vorerst nicht als konservativ bezeichnen würde, die aber gewisse Aspekte des technokratischen Fortschrittsbegriffs teilen. Das ist der Grund, weshalb der technokratische Konservativismus die Auseinandersetzungsebene vorgibt, wenn wir die heterogenen Gruppen der Alternativbewegung, die zunächst lediglich eine an Lebenssicherungsthemen wie Umwelt und Frieden entfachte Wachstumskritik einigt, als nichtkonservativ und fortschrittlich verteidigen wollen. Nun könnte man scheinbar ohne grosse Not die Wörter «konservativ» und «fortschrittlich» verschenken, sogar auf sie verzichten, womit dann die «alte» Politik stillschweigend vergessen wäre.
Solange wir indessen das, was «Wendung zum Besseren» heisst, mit dem Begriff «Fortschritt» identifizieren, worin sich der Wortgebrauch der Alternativbewegung vom herkömmlichen nicht unterscheidet, kann uns der Streit um den Fortschritt nicht gleichgültig lassen. Fortschritt wollen alle; der eigentliche Streitpunkt liegt tiefer: Es geht um den Inhalt des Fortschrittsbegriffs.

Technokratischer Konservativismus

Der technokratische Konservativismus hat in dieser Frage unzweideutig Stellung bezogen. Er übernimmt die Rationalität der technischen Entwicklung ungefragt als Leitlinie für politisches und gesellschaftliches Handeln. Das Ideologische daran ist die Verweigerung, den quasi-natürlichen Selbstlauf des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts mit den strukturellen Gegebenheiten

der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften in Beziehung zu setzen. Unterstützt wird diese Ideologie durch den wissenschaftlich, genauer: systemtheoretisch begründeten Hinweis, dass diese Gesellschaften überkomplex und insofern nicht erkennbar seien. Stattdessen wird eine Orientierung an der technologischen Rationalität, von der man sich überwältigen lässt, empfohlen, die den Mythos einer sich selbststeuernden Gesellschaft gebiert.

In seiner die Technokratie-Diskussion auslösenden Schrift «Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation» (1965) führt H. Schelsky dies folgendermassen aus: «Mit der ‹wissenschaftlich-technischen Zivilisation› verliert (...) die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert.» (S.453).

Schelsky beschreibt den philosophischen Hintergrund der modernen Technik so, «dass den Menschen eine Sachgesetzlichkeit, die er selbst in die Welt gesetzt hat, nun als soziale, als seelische Forderung entgegentritt.» S.449). Die fälligen Entscheidungen werden gleichsam zu Deduktionen aus technisch aufbereiteten Daten. Auf diese Weise wird der Eindruck vermittelt, dass der Mensch einer unbeeinflussbaren Entwicklung unterworfen ist. Dagegen lässt sich einwenden, dass dieser Ansicht eine lineare Vorstellung von der Determinierung gesellschaftlicher Entwicklung durch Technik zugrunde liegt so, dass das, was technisch möglich ist, auch faktisch verwirklicht werde. Der reale Zusammenhang von politischem und ökonomischem System zeigt indes auf allen politischen Ebenen einen Abwägungszwang zwischen kurzfristigem und langfristigem Nutzen technischer Entwicklungen. Die These von der Sachgesetzlichkeit der Technik gewinnt daher ihre Plausibilität nur auf einer hohen Abstraktionsebene. Schon konkrete Entscheidungsprozesse, etwa die Aufstellung von Budgets, demonstrieren die Unrichtigkeit der Behauptung allein sachlogisch fundierter Entscheidungen. Trotz dieser schon alten Kritik wird das Wort «Sachzwang» von Publizisten und Politikern aufgegriffen und kommt mit der Herrschaft der politischen Technokraten (graduell verstanden) in den 70er Jahren in Mode, worüber man sich nicht zu verwundern braucht, da ja die Rede von Sachzwängen dem technischen Vokabular entlehnt ist. Bezeichnenderweise sind es die 70er Jahre, in denen das Wort «Sachzwang» in die politische Sprache einwandert. Mit ihm verfügen die Politiker nunmehr über eine handliche legitimatorische Formel, die seit den bekannten Krisen, die in diesen Jahren teils schleichend (Staats-Finanzen), teils schockartig (Oel, Umwelt, Städte) ins Bewusstsein treten, dazu geeignet ist, die Glasur des Macherappeal zu bewahren. Die politischen Technokraten benutzen die Formel in der Absicht, von vornherein deutlich zu machen, dass eben nicht alles machbar ist, dass sie nur über einen durch Sachzwänge eingeengten Entscheidungsspielraum verfügen, innerhalb dessen jedoch ihre Vorstellungen von Machbarkeit weiterhin Geltung besitzen. Unter Sachzwängen werden technische Rahmenbedingungen verstanden, die hinzunehmen sind und darüber hinaus den eigenen Spielraum für Entscheidungen immer kleiner werden lassen.

Sachlogische Zwänge lösen mithin die Politik ab und begründen die Expertokratie. Über den Kult der Experten wird die alte Autoritätsgläubigkeit wieder gepflegt. Mit dem neugewonnenen Sinn der Autorität verbindet sich eine Betonung der Disziplin. Diese Anzeichen sind nicht zufällig aufgelesen, sie lassen sich mit dem innersten Kern des technokratischen Konservativismus in Verbindung bringen, dass nämlich die sozioökonomische und politische Entwicklung zu einer «Kristallisation» (A. Gehlen) geführt habe, in der ausser technologischen Innovationen keine weitere Entwicklung mehr absehbar ist. Gemäss dieser geschichtsphilosophischen Hintergrundannahme sind wir an der Schwelle des «Post-histoire» angelangt — eine Diagnose, die angesichts der realen Bedrohungen doppeldeutig geworden ist. Wie jeder weitergehenden Demokratisierung entgegengetreten wird, so Ansätze zu einer neuen Politik überhaupt, welche die gegenwärtigen Strukturen in Frage stellen. Dem Funktionswert des ökonomischen Sektors wird der politische Primat eingeräumt. Die kapitalistische Funktionseinheit von Wirtschaft und Staat wird geradezu zum Äquivalent der alten Naturordnung stilisiert. Zusammenfassend lässt sich unsere Charakteristik des technokratischen Konservativismus auf folgende 4 Punkte bringen:

1. Selbstlegitimation des wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritts
2. Theorem der überkomplexen und insofern unerkennbar abstrakten Gesellschaft
3. Legitimation durch Sachzwänge
4. Geschichtsphilosophischer Pessimismus der Kristallisations-These

Sachzwänge sind Denkzwänge

Derartige Vorstellungen sind nicht vorab auf die politischen Rechte beschränkt. Sie kenn-

zeichnen, zugespitzt gesagt, das konservative Syndrom der Regierenden überhaupt, die mit dem Hinweis auf Sachzwänge ihre Entscheidungen und vor allem auch ihre Nicht-Entscheidungen (z.B. in der Umweltpolitik) legitimieren wollen. Dieses Syndrom entspringt jedoch nicht einer inneren Notwendigkeit; es ist keineswegs natürlich gewachsen, denn es gibt keine objektiven Sachzwänge, die zur Entscheidungsunfreiheit führen. Es gibt vielmehr immer nur behauptete Sachzwänge, die genauer besehen Denkzwänge sind. Der Denkzwang besteht darin, dass nicht mehr die Ziele und alternative Methoden diskutiert werden können, sondern die Methoden an die Stelle der Ziele getreten sind und sich dort etabliert und verfestigt haben. In diesem Bannkreis werden die Debatten dann nur noch über Strategien zur Erreichung der «neuen Ziele», die in Wahrheit verkleidete Methoden sind, geführt. Begibt man sich in diese Denkzwänge hinein, so machen sie in der Tat unfrei zur Entscheidung. Sie sind jedoch vermeidbar und genau an diesem Punkt erhalten die vielfältigen Alternativbewegungen ihren Stellenwert, da sie, zum Teil erfindungsreich, versuchen, die Denkzwänge aufzubrechen. Allerdings lässt sich diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn bestimmte Bedingungen beachtet werden. Im folgenden will ich diese These an den beiden Bereichen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik kurz erläutern.

Zielverkehrung in der Wirtschaftspolitik

Das Ziel der Wirtschaftspolitik war ursprünglich die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen, die allen Bewohnern eines Landes garantiert werden sollten. Als klassische Methoden zur Erreichung dieses Ziels wurden Vollbeschäftigung, Geldwertsstabilität und Wirtschaftswachstum eingesetzt. Solange diese Methoden auch tatsächlich die gewünschte Wirksamkeit zeitigten, konnte niemand etwas dagegen vorbringen. Und faktisch erwiesen sich insbesondere Wachstum und Vollbeschäftigung als äusserst erfolgreich (die Geldwertstabilität bereitete von Anfang an grössere Probleme). Der jahrzehntelange Erfolg dieser wirtschaftspolitischen Methoden führte jedoch zu ihrer Verselbständigung als Ziele. Heute sind wir an einen Punkt angelangt, an dem die Ziele der Wirtschaftspolitik Wachstum, Arbeitsplatzsicherung und Inflationsbekämpfung heissen. Von der Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen spricht bei den etablierten politischen Kräften niemand mehr. Wir haben uns in einen Denkzwang begeben, der die Entscheidungsfreiheit drastisch einschränkt. Auch und gerade regierende Sozialdemokraten und Gewerkschafter werden von diesem Denkzwang erfasst und gefangen genommen. Denn nur Wachstum sichert Arbeitsplätze und nur über permanente Wachstumsraten ist soziale Gerechtigkeit herstellbar. Faktisch ist sie ja auch nur auf diese Art und Weise hergestellt worden. Eine Umverteilung etwa über die Steuergesetzgebung lässt sich empirisch nicht in nennenswertem Umfang nachweisen. Soziale Gerechtigkeit — wer sie will, hat keinen Grund sich zu beruhigen —, das vielzitierte soziale Netz, ist fast ausschliesslich mit wirtschaftlichen Zuwächsen finanziert worden.

Das hat die gewichtige Folge, dass die fortschrittliche Politik extrem wachstumsabhängig geworden ist, und daraus ergibt sich angesichts absehbarer Krisen die gefährliche sozialpsychologische Konsequenz, dass funktionierende Demokratie und Wohlstandsmehrung weithin als identische Grössen betrachtet werden. Das Ziel ist gar nicht mehr die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen, sondern Wachstum um jeden Preis. Die Folgen dieser Verkürzung des Denkens sind bekannt: Am klarsten zeigen sie sich auf dem Gebiet der Energiepolitik, wo mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, der Ausbau der Atomenergie angestrebt wird. Und dies, obwohl in keinem Land der Erde dem Bericht «Global 2000» zufolge ein technisch gesichertes Entsorgungskonzept existiert. Aber auch bei Überlegungen, die sich auf die Nutzung alternativer Energien stützen, zeigen sich die fatalen Denkzwänge. Anstelle von riesigen Atomenergieanlagen spekuliert man mit riesigen Sonnen-, Wind- und Gezeitenkraftwerken, die wirtschaftlich sind und die Wachstumsraten im alten Sinne versprechen. Ein schönes oder vielmehr unschönes Beispiel dieser Art ist die jüngst in der Mohave-Wüste (USA) in Betrieb genommene Testanlage «Solar One», der schon bald ein zweiter Gigant folgen soll. Ohne Durchbrechung dieser Denkzwänge gibt es keine wirksame Umweltpolitik.

Zielverkehrung in der Sicherheitspolitik

Auch im Bereich der Sicherheitspolitik lässt sich Analoges beobachten. Das ursprüngliche Ziel war die Sicherung des Friedens in Europa. Zu diesem Zweck hatten Nato und Wapa zunächst das Konzept der militärischen Sicherheit entwickelt. Abschreckung, militärisches Gleichgewicht zwischen den Blöcken hiessen die entsprechenden Strategien. An dieses militärische Denken hat man sich mittlerweile schon so sehr gewöhnt, dass sich weder ein anderes Konzept noch andere Strategien als in die Realität

einrückbar vorstellen lassen. Das Resultat sehen wir vor uns als die bekannte Logik des Rüstungswettlaufs mit der Äufnung des Atomwaffenarsenals auf beiden Seiten, das imstande ist, mehr als einer Erde das Ende zu bereiten. Jüngstes Beispiel dieses Denkens ist der Nato-Doppelbeschluss, mit dem der konventionellen Rüstung und der SS20 der UdSSR durch die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenrakete «Pershing II» und den «Cruise-Missiles» in der BRD begegnet werden soll.

Nun lässt sich die Methode der militärischen Friedenssicherung unter den heutigen veränderten Bedingungen allerdings mit starken Gründen in Zweifel ziehen. Die Entwicklung der Waffentechnologie hat dazu geführt, dass die zum Ziel verkehrte Methode der Abschreckung zunehmend nicht mehr greift. Ursprünglich sollte die atomare Drohung einen atomaren Krieg verhindern. Tatsächlich ist er aber heute als kalkulierbares Risiko in greifbare Nähe gerückt (worden). Die Treffgenauigkeit der Raketen wurde soweit vorangetrieben, dass mit einem Erstschlag des einen Blockes die Zweitschlagkapazität des anderen Blockes beinahe ausgelöscht werden kann. Gerade auf der Fähigkeit nach einem atomaren Überfall immer noch zurückfeuern zu können, beruht aber die Logik der atomaren Abschreckung. Das Syndrom der gegenseitigen Angst zusammen mit der entwickelten Technologie hat die Bereitschaftsschwelle, die Raketen als erster abzufeuern, gefährlich gesenkt.

Die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges ist ausserdem durch eine zweite waffentechnologische «Errungenschaft» erhöht worden: Die geographische Begrenzung des Atomkrieges. Die Entwicklung von taktischen Nuklearsprengköpfen insbesondere der Neutronenbombe (mittlere Reichweite, begrenzte geographische Verseuchung durch Radioaktivität) lässt Kriegsszenarien wahrscheinlich werden, in denen der Einsatz von Atomwaffen nicht mehr automatisch zur nuklearen Eskalation führt. Während sich auf dem Schlachtfeld die Gegner mit taktischen Atomwaffen bekämpfen, bleiben die strategischen Waffen in ihren Silos. Diese technologische Entwicklung beunruhigt allerdings die UdSSR wenig, die USA noch weniger, für die Europäer kann sie indes tödliche Folgen haben. Vor diesem, wie ich meine gut belegbaren Hintergrund, erweist sich die technologische Eigengesetzlichkeit gepaart mit dem Erstarren im Denkzwang der militärischen Friedenssicherung als tödliche Logik. Deshalb ist es nicht nur erlaubt, sondern nötig, die herkömmlichen Mittel der Friedenssicherung in Frage zu stellen, ohne deswegen schnellen Formeln zu verfallen. Jedenfalls ist über Strategien, die den kollektiven Selbstmord Mitteleuropas zeitigen können, neu nachzudenken und alternative Methoden der Friedenssicherung sind in Erwägung zu ziehen (z.B. atomwaffenfreie Zonen, Abrüstung, soziale Verteidigung etc.).

Denkzwänge aufbrechen

Das Fazit aus alledem ist einfach. Die vorgetäuschten Sachzwänge führen heute immer mehr in Sackgassen. Die ursprünglichen Ziele werden aus den Augen verloren, oft handelt man sogar gegen sie, weil sie mit den Methoden gleichgesetzt werden. Die zu Zielen erklärten Methoden kanalisieren Phantasie und Erfindungsgeist in vorgegebene Bahnen, während echte Alternativen kaum noch gedacht werden — oder vielmehr aus Gründen der Taktik laut gedacht werden dürfen, will man nicht die Regierungsmehrheit und damit Reformmöglichkeiten verspielen (Beispiel: Egon Bahr). Wenn gegen diesen technokratischen Konservativismus Denkzwänge aufgeweicht werden sollen, müssen diese aufgezeigt werden, und die Besinnung auf die ursprünglichen Ziele hat wieder einzusetzen. Alsdann kann man sich fragen, ob die verselbständigten Methoden noch etwas zum Nutzen der Menschen bringen. Überdies müssen wir lernen, die Entstehung von Denkzwängen zu begreifen — auch bei uns selbst. Dazu sind Aufklärungsprozesse nötig.

Die alternativen Bewegungen suchen die Freiheit wieder zu gewinnen, sich überhaupt auf die ursprünglichen Ziele beziehen zu können und sie lassen sich durch das Eigengewicht der Methoden nicht erdrücken. Sie sind aufgrund der Folgewirkungen der Denkzwänge entstanden und holen zunächst einmal nur die ursprünglichen Ziele, die alle teilen, durch Kritik an den Methoden ans Licht. Soweit sie zu diesen Methoden echte alternative Möglichkeiten zur Erreichung dieser Ziele vorschlagen können, sind sie als fortschrittlich zu begreifen, wenn fortschrittlich in formaler Charakteristik ein Handeln heisst, das verändernd von einer normativen Orientierung aus auf Möglichkeiten hin gerichtet ist.

Gefahr einer unpolitischen Politik

Die vielfältigen Bedrohungen der Lebenswelt bringen ein bisher noch unverbundenes Nebeneinander neuer sozialer Bewegungen hervor, die Gefahr laufen, Kulturinseln zu werden. Die Eindimensionalität dieser Bewegungen in der Ausrichtung auf nur ein Ziel (Frieden, Ju-

gendhaus, biologischer Anbau etc.) läuft auf einen Rückzug aus der Politik hinaus. Systemisch gesehen, überlässt die Beteiligung immer nur in bezug auf eine Frage, meist auf neuen Wegen, nicht nur die Felder der alten Politik weiterhin dem technokratischen Konservativismus. Selbst wenn es auf allen Feldern neue soziale Bewegungen gibt, bleiben diese, gegeneinander abgeschottet, stets in der Minderzahl. Zudem gibt es belastende Konflikte der neuen sozialen Bewegungen mit den alten sozialen Bewegungen, die sowohl innerhalb der Sozialdemokratie als auch der Gewerkschaften und der Kirchen ausgetragen werden. Wenn beide Bewegungen zusammenfinden wollen, müssen die gegenseitigen Feindbilder, die man voneinander hat — hier Chaoten, die nicht arbeiten wollen, dort Arbeiter und Angestellte, die nur ihr Auto im Kopf haben —, aufgelöst werden. Auf beiden Seiten müssen folglich dringend Verständigungsbemühungen einsetzen.

Reden allein genügt nicht

Konkrete Massnahmen gefordert

Vorschläge der Jusos zur Jugendpolitik

Von der Jugend ist viel die Rede, zumeist unfreundlich. Man spricht vom «Dialog zwischen den Generationen», erarbeitet «Thesen» und «Antithesen», Grundsatzpapiere ect. Der Jugend aber ist in Wort und Schrift allein nicht geholfen. Das meinen die Schweizer Jugendsozialisten, die an ihrer Generalversammlung im vergangenen Juni in Biel 26 Reformvorschläge zum Thema Jugend ausgearbeitet und verabschiedet haben. Nur mit konkreten Massnahmen sei dem Problem beizukommen, lasse sich die oft traurige Wirklichkeit der Jugendlichen verbessern und seien soziale Perspektive ersichtlich. Die Reformvorschläge unterbreiten die Jugendsozialisten allen Interessierten, Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden sowie den Verbänden der Unternehmer und den Gewerkschaften. Die Reformvorschläge, die wir im folgenden ungekürzt abdrucken, sollen nach Meinung der Jusos die Jugendlichen nicht privilegieren, aber sie sollen den Erwachsenen bewusst machen, dass Jugendliche auf die Unzulänglichkeit der Gesellschaft besonders empfindlich reagieren.

A. Arbeit

1. Jeder Lehrling und jede Lehrtochter haben Anspruch auf eine Anstellung in jenem Beruf, in dem sie ausgebildet worden sind.
2. Die tägliche Arbeitszeit ist auf maximal sieben Stunden zu reduzieren bei fünf Arbeitstagen pro Woche. Die Feriendauer ist auf minimal sechs Wochen jährlich zu erhöhen.
3. In allen Bereichen der Wirtschaft sind Halbtagsstellen als Selbstverständlichkeit einzurichten und sowohl Männern wie Frauen offen zu halten. Sie wären ein entscheidender Beitrag zur Rückgewinnung der persönlichen Autonomie und ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der ökologischen Krise unseres Gesellschaftssystems.
Die Kürzung der Arbeitszeit erfolgt für Klein- und Mittelverdiener ohne Lohneinbussen. Es wird ein gesetzlicher Minimallohn festgesetzt.

B. Bildung und Ausbau

4. Alle Lehrlinge sind Gesamtarbeitsverträgen zu unterstellen. (Darin ist auch der Besuch von zwei Schultagen pro Woche zu verankern — bei Ausbau der allgemeinbildenden Fächer — ebenso wie die Freifächer, die Bearbeitung der Schulaufgaben und das Führen des Arbeitsjournals während der Arbeitszeit und die Mitbestimmung der Lehrlinge in allen sie betreffenden Fragen.)
5. Von den Gemeinden und Regionen sind öffentliche Lehrwerkstätten zu errichten zur Sicherung einer umfassenden, konjunkturunabhängigen und die persönliche Entfaltung ermöglichenden Berufsbildung ausserhalb des in der Privatwirtschaft vorherrschenden Produktivitätsdrucks.
6. Ausbau des öffentlichen Darlehenswesens für zinslose Darlehen für Jugendliche zwecks Bildungsjahr, Umschulung und Weiterbildung.
7. Starker Ausbau des Angebotes von öffentlichen Bildungskursen entsprechend den neusten didaktischen Erkenntnissen und Möglichkeiten mit besonderer Berücksichtigung eines umfassenden Angebotes in Sozial- und Geisteswissenschaften, kulturellen und musischen Bereichen sowie des Erwerbs handwerklicher Fertigkeiten.
8. Die praktische Berufslehre darf nicht noch mehr spezialisiert werden, damit bei verändertem Berufsbild ein Umlernen überhaupt noch möglich ist.
9. Neue Prioritäten bei der Gestaltung des Schulalltages: We-